

BAUAMT SPAICHINGEN

FÜR GEMEINDE

BÖTTINGEN

OBJEKT

SOLBERG II

MASSSTAB

1:500

ÄNDERUNG

BEBAUUNGSPLAN

PLAN-NR.

ÄNDERUNGEN

07.12.81/ 23.10.86

GEFERTIGT 27.5.81

SL

GESEHEN

AMTSLEITER

ZEICHEN ERKLÄRUNG

MI	MISCHGEBIET
WA	ALLGEMEINES WOHN- GEBIET
I+U+D	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE (U= UNTERGESCHOSS D= DACHGESCHOSS)
0,4	GRUNDFLÄCHENZAHL
0,8	GESCHOSSFLÄCHENZAHL
○	OFFENE BAUWEISE
28-40°	DACHNEIGUNG
0,50	GEHWEG
5,50	FAHRBAHN
0,50	SICHERHEITSSSTREIFEN
↔	FIRSTRICHTUNG
△△△△△	VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE GRUND- STÜCKSFLÄCHEN
---	BAUGRENZE GEPLANT
○○○○○	ABGRENZUNG UNTERSCHIEDL. NUTZUNG
---	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
⊙	UMFORMERSTATION
▨	LEITUNGSRECHT FÜR VER- UND ENTSORGUNG
ST	STAURAUM
GA	FLÄCHENEMPFEHLUNG FÜR GARAGEN (NACH 3.3)
---	VORDERKANTE GARAGE
○	PFLANZENEMPFEHLUNG

In Ergänzung der zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes vom 07.12.1981 im Maßstab 1:500 werden folgende

Textlichen Festsetzungen - Bebauungsvorschriften
festgelegt

A. Rechtsgrundlagen

1. Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23 Juni 1960 (BGBl. I. S. 341) i.d.F. vom 6. Juli 1979 (BGBl. I. S. 941).
2. Landesbauordnung (LBO) für Baden-Württemberg i.d.F. vom 20. Juni 1972 (Ges.Bl.S. 351), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. 02.1980 (Ges.Bl.S. 116).
3. Baunutzungsverordnung vom 15. September 1977 (BGBl. I.S. 1775)

B. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 (1) BBauG)

1. Art der baulichen Nutzung

- 1.1 Im Plangebiet ist allgemeines Wohngebiet WA nach § 4 BauNVO vorgeschrieben.
- 1.2 Ausnahmen nach § 4 (3) BauNVO kann die Baurechtsbehörde mit Zustimmung der Gemeinde im Einzelfall zulassen.

2. Maß der baulichen Nutzung

- 2.1 Für die Zahl der Vollgeschosse gilt der Planeinschrieb.
- 2.2 Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die Festsetzung von Baugrenzen ausgewiesen.
- 2.3 Die Baugrenze zwischen Garagenplatz und Hauptgebäude dient zur Absicherung eines Bauplatzes für eine Doppelgarage zuzüglich Durchgang. Wird wenigstens eine Garage in den Hauptkörper eingebaut, so kann diese Baugrenze ausnahmsweise bis zu 3 Metern in Richtung des empfohlenen Garagenplatzes überschritten werden.
- 2.4 Die im Plan eingeschriebenen Grundflächenzahlen sind Höchstwerte.
- 2.5 Die im Plan eingeschriebenen Geschoßflächenzahlen sind Höchstwerte.

3. Bauweise

- 3.1 Es ist offene Bauweise vorgeschrieben § 22 (2) BauNVO.
- 3.2 Die Firstrichtung ist im Plan eingeschrieben.
- 3.3 Freistehende Garagen sind entsprechend der Flächenempfehlung anzuordnen. Garagen können auch im Hauptkörper als Ein- oder Anbau unter dem Hauptdach und außerhalb der Baugrenzen errichtet werden. Außerhalb der Baugrenzen sind jedoch die Grenzabstände nach LBO einzuhalten. Die Flächenempfehlung darf für Doppelgaragen überschritten werden.

4. Nebenanlagen

- 4.1 Nebenanlagen nach § 14 (1) + 14 (2) BauNVO kann die Baurechtsbehörde mit Zustimmung der Gemeinde ausnahmsweise zulassen.

C. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 111 LBO) für die Wohnbebauung

1. Dachform und Dachausbildung bei Hauptgebäuden

- 1.1 Als Dachform sind Satteldächer von $(28^{\circ} - 40^{\circ})$ zulässig.
1.2 Dachaufbauten sind nur bei zulässigen Dachneigungen über 35° zulässig.
1.3 Innerhalb einer Dachfläche ist kein Wechsel der Dachneigung zulässig.
1.4 Anbauten dürfen im Rahmen der zulässigen Dachneigung abgewalmt werden.

2. Dachneigung an Hauptgebäuden

Die Dachneigung wird durch den Planeinschrieb festgelegt.

3. Dacheindeckung

Als Farbe für die Dacheindeckung ist rot bis anthrazit, auf Flachdächern nicht leuchtend weisse Bedachung vorgeschrieben.

4. Traufgesimshöhe

- a) Die Traufgesimshöhe (Unterkante vorgehängte Rinne bzw. Unterkante Verschalung bei eingebauter Rinne) darf höchstens 2,80 m über der festgesetzten EG-Rohfußbodenhöhe liegen.
b) Die Oberkante des Traufgesimses (Gesimsverkleidung) darf höchstens 3,20 m über der festgesetzten EG-Rohfußbodenhöhe liegen.
c) Ausnahmen von a) und b) können bis 1/3 der Trauflänge zugelassen werden. Über höher liegenden Traufen sind keine Dachaufbauten zulässig.

5. Höhenlage der baulichen Anlagen (§ 9) (2) BBauG

Die Erdgeschossfußbodenhöhen werden im Einzelfall von der Baurechtsbehörde festgelegt.

6. Freistehende Garagen

Freistehende Garagen sind in massiver Bauweise auszuführen und mit einem Flach- oder Satteldach von $0-18^{\circ}$ Dachneigung zu versehen. Aneinandergebaute Garagen an der gemeinsamen Grundstücksgrenze sind material- und formgleich zu gestalten. (An die erstbebaute Garage hat sich der Nachbar anzupassen).

7. Einfriedigungen

Als Einfriedigung sind im Plangebiet und außerhalb von Sichtflächen zugelassen:

- a) Frei wachsende oder geschnittene Hecken bis 1,50 m Höhe.
b) Knotengitternetze aus verzinktem Draht an dunklen Pfosten bis 0,90 m Höhe mit Büschen und Hecken eingepflanzt.
c) Holzzäune aus dunkel imprägnierten, horizontal laufenden Brettern an dunkel imprägnierten Pfosten, bis 0,90 m Höhe, Pfostenhöhe bis 1,20 m.
d) Scherengitterzäune bis 0,90 m Höhe.

Freistehende Mauern sind nur in Ausnahmefällen zulässig und grundsätzlich genehmigungspflichtig.

8. Haustürwindfänge

Haustürwindfänge, die über den Gebäudeumriss hinausragen und nicht in Verbindung mit einem Nebengebäude errichtet werden oder nicht unter dem Hauptdach liegen, sind unzulässig.

9. Abgrabungen und Anfüllungen

Beabsichtigte Abgrabungen und Anfüllungen sind im Baugesuch darzustellen. Die vorhandene Geländetopographie soll weitgehend erhalten bleiben.

10. Antennen

Je Wohngebäude ist eine Antenne zulässig.

11. Oberirdische Behälter

Das Aufstellen oberirdischer Behälter für Öl und Gas außerhalb von Gebäuden ist unzulässig.

12. Müllbehälter

Für Müllbehälter ist ein unauffälliger Abstellplatz anzulegen.

13. Sichtflächen

An Straßeneinmündungen sind die im Plan eingetragenen Sichtfelder so anzulegen, daß der Straßenverkehr nicht behindert wird.

14. Schutzstreifen

Die 0,50 m breiten Schutzstreifen sind von den Anliegern herzustellen und zu unterhalten.

15. Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in den an öffentliche Verkehrsflächen angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützbauwerke entlang der Grundstücksgrenze in einer Breite von 15 cm und einer Tiefe von 30 cm erforderlich.

D. Ordnungswidrigkeiten

Zur Verhandlungen gegen die Vorschriften dieser Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 112 LBO.

Spaichingen, den 15.12.1981

VERFAHRENSVERMERKE

1. Beschluß über die Aufstellung des Bebauungsplanes durch den Gemeinderat 4.11.1980
2. Öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses 19.5.1981
3. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange 29.5.1981 - 13.7.1981
4. Bürgerbeteiligung 2.6.1981
5. Auslegungsbeschluß durch den Gemeinderat 12.1982
6. Öffentliche Auslegung vom 8.3.1982 an auf die Dauer eines Monats, für die beteiligten Träger öffentliche bis zum 28.4.82
7. Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange 16.3.1982 und 14.4.1982
8. Behandlung der Bedenken und Anregungen durch den Gemeinderat am 28.6.1982
9. Beschlußfassung über den Bebauungsplan als Satzung durch den Gemeinderat am 28.6.1982
10. Vorlage an das Landratsamt
11. Eingangsbestätigung des Landratsamts
12. Entscheidung des Landratsamtes
13. Öffentliche Bekanntmachung der Genehmigung
14. Bestätigung der Rechtskraft

Sottlingen, den
Bürgermeisteramt

/ Der Auszug stimmt mit dem Liegenschaftskataster überein.
Staatliches Vermessungsamt Tuttlingen

FÜLLSCHEMA DER NUTZUNGSSCHABLONE

BAUGEBIET	ZAHL DER VOLLGESCH.
GRUNDFLACHENZAHL	GESCHOSSFLACHENZAHL
	BAUWEISE

DACHNEIGUNG

1. Änderung

Böttingen, den
Bürgermeisteramt



Der Auszug stimmt mit dem Liegenschaftskataster überein.
Staatliches Vermessungsamt Tuttlingen

Verfahrensvermerke

- | | |
|---|---------------------|
| 1. Beschluß über die Aufstellung des Bebauungsplanes durch den Gemeinderat | 17.02.86 |
| 2. Öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses | 11.09.86 |
| 3. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange | 04.09.86 |
| 4. Bürgerbeteiligung | 15.09.86 |
| 5. Auslegungsbeschluß durch den Gemeinderat | 03.11.86 |
| 6. Öffentliche Auslegung | 08.12.86 - 08.01.87 |
| 7. Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange | 20.11.86 |
| 8. Behandlung der Bedenken und Anregungen durch den Gemeinderat | 09.03.87 |
| 9. Beschlußfassung über den Bebauungsplan als Satzung durch den Gemeinderat | 09.03.87 |
| 10. Vorlage an das Landratsamt | |
| 11. Eingangsbestätigung des Landratsamtes | |
| 12. Entscheidung des Landratsamtes über die Genehmigung | 4. NOV. 1987 |
| 13. Öffentliche Bekanntmachung der Genehmigung | 14. JAN. 1988 |
| 14. Bestätigung der Rechtskraft | |

Verfahrensgang beglaubigt,

Böttingen, den 02. April 1987

Minder
Minder
Bürgermeister



Anzeigeverfahren gem § 11 BauzG durchgeführt
Landratsamt Tuttlingen

In Ergänzung der zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes vom 07.12.1981 im Maßstab 1:500 werden folgende

Textlichen Festsetzungen - Bebauungsvorschriften
festgelegt

A. Rechtsgrundlagen

1. Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23 Juni 1960 (BGBl. I. S. 341) i.d.F. von 6. Juli 1979 (BGBl. I. S. 941).
2. Landesbauordnung (LBO) für Baden-Württemberg i.d.F. vom 20. Juni 1972 (Ges.Bl.S. 351), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. 02.1980 (Ges.Bl.S. 116).
3. Baunutzungsverordnung vom 15. September 1977 (BGBl. I.S. 1775)

B. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 (1) BBauG)

1. Art der baulichen Nutzung
 - 1.1 Im Plangebiet ist allgemeines Wohngebiet WA nach § 4 BauNVO vorgeschrieben.
 - 1.2 Ausnahmen nach § 4 (3) BauNVO kann die Baurechtsbehörde mit Zustimmung der Gemeinde im Einzelfall zulassen.
2. Maß der baulichen Nutzung
 - 2.1 Für die Zahl der Vollgeschosse gilt der Planeinschrieb.
 - 2.2 Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die Festsetzung von Baugrenzen ausgewiesen.
 - 2.3 Die Baugrenze zwischen Garagenplatz und Hauptgebäude dient zur Absicherung eines Bauplatzes für eine Doppelgarage zuzüglich Durchgang. Wird wenigstens eine Garage in den Hauptkörper eingebaut, so kann diese Baugrenze ausnahmsweise bis zu 3 Metern in Richtung des empfohlenen Garagenplatzes überschritten werden.
 - 2.4 Die im Plan eingeschriebenen Grundflächenzahlen sind Höchstwerte.
 - 2.5 Die im Plan eingeschriebenen Geschoßflächenzahlen sind Höchstwerte.
3. Bauweise
 - 3.1 Es ist offene Bauweise vorgeschrieben § 22 (2) BauNVO.
 - 3.2 Die Firstrichtung ist im Plan eingeschrieben.
 - 3.3 Freistehende Garagen sind entsprechend der Flächenempfehlung anzuordnen. Garagen können auch im Hauptkörper als Ein- oder Anbau unter dem Hauptdach und außerhalb der Baugrenzen errichtet werden. Außerhalb der Baugrenzen sind jedoch die Grenzabstände nach LBO einzuhalten. Die Flächenempfehlung darf für Doppelgaragen überschritten werden.
4. Nebenanlagen
 - 4.1 Nebenanlagen nach § 14 (1) + 14 (2) BauNVO kann die Baurechtsbehörde mit Zustimmung der Gemeinde ausnahmsweise zulassen.

C. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 111 LBO) für die Wohnbebauung

1. Dachform und Dachausbildung bei Hauptgebäuden
 - 1.1 Als Dachform sind Satteldächer von 28° - 40° zulässig.
 - 1.2 Dachaufbauten sind nur bei zulässigen Dachneigungen über 35° zulässig.
 - 1.3 Innerhalb einer Dachfläche ist kein Wechsel der Dachneigung zulässig.
 - 1.4 Anbauten dürfen im Rahmen der zulässigen Dachneigung abgewalmt werden.
2. Dachneigung an Hauptgebäuden

Die Dachneigung wird durch den Planeinschrieb festgelegt.
3. Dacheindeckung

MI

WA

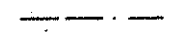
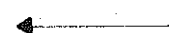
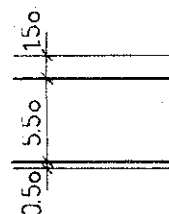
I+U+C

0,4

0,8

0

28-40



ST

GA



VERFAHREN

1. Besch

2. Offen

3. Bel

1.4 Anbauten dürfen im Rahmen der zulässigen Dachneigung abgewalmt werden.

2. Dachneigung an Hauptgebäuden

Die Dachneigung wird durch den Planeinschrieb festgelegt.

3. Dacheindeckung

Als Farbe für die Dacheindeckung ist rot bis anthrazit, auf Flachdächern nicht leuchtend weisse Bedachung vorgeschrieben.

4. Traufgesimshöhe

a) Die Traufgesimshöhe (Unterkante vorgehängte Rinne bzw. Unterkante Verschalung bei eingebauter Rinne) darf höchstens 2,80 m über der festgesetzten EG-Rohfußbodenhöhe liegen.

b) Die Oberkante des Traufgesimses (Gesimsverkleidung) darf höchstens 3,20 m über der festgesetzten EG-Rohfußbodenhöhe liegen.

c) Ausnahmen von a) und b) können bis 1/3 der Trauflänge zugelassen werden. Über höher liegenden Traufen sind keine Dachaufbauten zulässig.

5. Höhenlage der baulichen Anlagen (§ 9) (2) BBauG

Die Erdgeschossfußbodenhöhen werden im Einzelfall von der Baurechtsbehörde festgelegt.

6. Freistehende Garagen

Freistehende Garagen sind in massiver Bauweise auszuführen und mit einem Flach- oder Satteldach von 0-18° Dachneigung zu versehen. Aneinandergebaute Garagen an der gemeinsamen Grundstücksgrenze sind material- und formgleich zu gestalten. (An die örtliche Garage hat sich der Nachbar anzupassen).

7. Einfriedigungen

Als Einfriedigung sind im Plangebiet und außerhalb von Sichtflächen zulassen:

a) Frei wachsende oder geschnittene Hecken bis 1,50 m Höhe.

b) Knotengitternetze aus verzinktem Draht an dunklen Pfosten bis 0,90 m Höhe mit Büschen und Hecken eingepflanzt.

c) Holzzaune aus dunkel imprägnierten, horizontal laufenden Brettern an dunkel imprägnierten Pfosten, bis 0,90 m Höhe, Pfostenhöhe bis 1,20 m.

d) Scherengitterzäune bis 0,90 m Höhe.

Freistehende Mauern sind nur in Ausnahmefällen zulässig und grundsätzlich genehmigungspflichtig.

8. Haustürwindfänge

Haustürwindfänge, die über den Gebäudeumriss hinausragen und nicht in Verbindung mit einem Nebengebäude errichtet werden oder nicht unter dem Hauptdach liegen, sind unzulässig.

9. Abgrabungen und Anfüllungen

Beabsichtigte Abgrabungen und Anfüllungen sind im Baugesuch darzustellen. Die vorhandene Geländetopographie soll weitgehend erhalten bleiben.

10. Antennen

Je Wohngebäude ist eine Antenne zulässig.

11. Oberirdische Behälter

Das Aufstellen oberirdischer Behälter für Öl und Gas außerhalb von Gebäuden ist unzulässig.

12. Müllbehälter

Für Müllbehälter ist ein unauffälliger Abstellplatz anzulegen.

13. Sichtflächen

An Straßeneinmündungen sind die im Plan eingetragenen Sichtfelder so anzulegen, daß der Straßenverkehr nicht behindert wird.

14. Schutzstreifen

Die 0,50 m breiten Schutzstreifen sind von den Anliegern herzustellen und zu unterhalten.

15. Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in den an öffentliche Verkehrsflächen angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützbauwerke entlang der Grundstücksgrenze in einer Breite von 15 cm und einer Tiefe von 30 cm erforderlich.

16. Ordnungswidrigkeiten

Verstöße gegen die Vorschriften dieser Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 112 LBO.

Spaichingen, den 15.12.1981

VERFAHREN

1. Besch

2. Offen

3. Betri

4. Winge

5. Ausle

6. Offe

7. Betri

8. Betri

9. Besch

10. Vorla

11. Einge

12. Entsc

13. Offen

14. Bestä

Der Ausz
Staatlich

FÜL
NUT

BAUC

GRUN

CHINGEN

N
II

GSPLAN

GESEHEN
AMTSLEITER

Auszug aus der Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats	Gemeinderatssitzung am 09.03.87 Anwesend: Bürgermeister Minder und 10 Gemeinderäte Normalzahl einschl. des Vorsitzenden: 11 Entschuldigt: Außerdem anwesend: 1 Zuhörer Schriftführer: Bürgermeister Minder	Reg.-Nr.

§ 232

Öffentlich / Nichtöffentlich

Änderung der Bebauungspläne "Solberg I", "Solberg II" und "Anger"; hier: Satzungsbeschluß

- a) Änderung der Bebauungspläne "Solberg I" und "Solberg II"
 Am 17.02.1986 hat der Gemeinderat beschlossen, die Bebauungspläne "Solberg I" und "Solberg II" in Teilbereichen zu ändern und dabei die bisherige Gebietsausweisung WA in ein Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO umzuwandeln.

Die öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte im Mitteilungsblatt am 11.09.1986. Eine Bürgerbeteiligung wurde nach vorheriger Bekanntmachung im Mitteilungsblatt am 15.09.1986 durchgeführt. Die Anhörung der Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, erfolgte mit Schreiben vom 04.09.1986.

Am 03.11.1986 hat der Gemeinderat der Begründung zugestimmt, und die Verwaltung beauftragt, die Bebauungsplanänderungen öffentlich auszulegen. Nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung lag der Plan vom 08.12.1986 bis 08.01.1987 öffentlich aus. Die Behörden, die Träger öffentlicher Belange sind, wurden von der Auslegung mit Schreiben vom 20.11.86 benachrichtigt.

Weder von den Trägern öffentlicher Belange noch von Privat Betroffenen wurden Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

Nach kurzer Beratung erging bei null Gegenstimmen der

B e s c h l u ß :

Aufgrund von § 10 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBl.I.S. 2256), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionen im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979 (BGBl.I.S.949), § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 28. November 1983 (GBl.S.770) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 3. Oktober 1983 (GBl.S.588), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung vom 17. Dezember 1984 (GBl.S.675) beschloß der Gemeinderat folgende Satzung über die Änderung der Bebauungspläne "Solberg I" und "Solberg II":

Am Auszug für Gemeindepflege
 „ Landratsamt
 „ Reg.-Akten

Diesen Auszug beglaubigt:

Böttingen, den 12.03.87
 Bürgermeister *Minder*

Auszug aus der Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats	Gemeinderatssitzung am 09.03.87 Anwesend: Bürgermeister Minder und 10 Gemeinderäte Normalzahl einschl. des Vorsitzenden: 11	Reg.-Nr.
	Entschuldigt: Außerdem anwesend: 1 Zuhörer Schriftführer: Bürgermeister Minder	

Fortsetzung

§ 232

Öffentlich / ~~Nichtöffentlich~~

§ 1 Bestandteile

Die vorgenannte Änderung besteht aus den Anlagen 1-2, die Bestandteile dieser Satzung sind, und zwar

1. Begründung vom 08.12.1986 und
2. Lageplan vom 23.10.1986.

§ 2 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der Bebauungspläne ergibt sich aus der Anlage 1, in der seine Grenzen und Änderungen eingetragen sind.

§ 3 Dieser Bebauungsplan tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung seiner Genehmigung nach § 12 BBauG in Kraft.

b) Änderung des Bebauungsplanes "Anger"; hier: Satzungsbeschluß

Für den Bebauungsplan ist von einem Privatmann eine Forderung eingegangen. Zimmermann Hans Mattes hat auf dem Rathaus gefordert, daß entweder der Bauplatz Färberstraße 31 nicht als Mischgebiet ausgewiesen wird, oder aber daß sein Bauplatz Färberstraße 33 ebenfalls in das Mischgebiet einbezogen wird.

Der Gemeinderat wollte sich jedoch dieser Forderung nicht anschließen und vertagte den Satzungsbeschluß bis zu nächsten Sitzung. Es soll zuerst Rücksprache mit dem Verbandsbauamt genommen werden. Der Gemeinderat vertrat die Ansicht, daß Zimmermann Mattes früher gefordert habe, daß sein Bauplatz mit einem sogenannten Spitzhaus bebaut werden kann. Nunmehr wolle er wieder eine Änderung aus irgendwelchen Gründen. Der Gemeinderat war der Meinung, daß der Forderung von Zimmermann Mattes nicht nachgegeben werden soll.

Am Auszug für Gemeindepflege
 „ Landratsamt
 „ Reg.-Akten

Diesen Auszug beglaubigt:

Böttingen, den 12.03.87

Bürgermeister